

Zweckvereinbarung über die zeitweilige Übertragung von Aufgaben gem. Personenstandsgesetz (PStG)

Zwischen der Stadt Bad Lausick
Markt 1, 04651 Bad Lausick
vertreten durch den Bürgermeister Michael Hultsch

und der Stadt Frohburg
Markt 13-15, 04654 Frohburg
vertreten durch den Bürgermeister Karsten Richter

Präambel

Die Stadt Bad Lausick und die Stadt Frohburg beabsichtigen die Aufgaben im Bereich des Personenstandswesens in gegenseitiger Hilfeleistung zu erfüllen. Die Wahrnehmung der Aufgaben beschränkt sich auf die Zeit der Abwesenheit bei Lehrgängen, Elternzeiten, Krankheit oder Urlaub von Bediensteten der jeweils anderen Gemeinde. Dazu wird auf der Grundlage

- §§ 71 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) und
 - § 1 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 11. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 938), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245),
- nachstehende Zweckvereinbarung geschlossen:

Zur besseren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Zweckvereinbarung auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personen- und Dienstbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung

(1) Die Stadt Frohburg bestellt für den Zeitraum eines Vertretungsfalles die Standesbeamten der Stadt Bad Lausick als Standesbeamte im eigenen Standesamtsbezirk. Die Mindestzahl von zwei Standesbeamten im eigenen Standesamtsbezirk wird nicht unterschritten.

(2) Die Stadt Bad Lausick bestellt für den Zeitraum eines Vertretungsfalles die Standesbeamten der Stadt Frohburg als Standesbeamte im eigenen Standesamtsbezirk. Die Mindestzahl von zwei Standesbeamten im eigenen Standesamtsbezirk wird nicht unterschritten.

§ 2 Durchführung

(1) Während einer längeren Abwesenheit (ab 1 Woche) der Standesbeamten der Stadt Frohburg wird ein Standesbeamter der Stadt Bad Lausick im Rahmen der Amtshilfe auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AGPStG) an einem Tag pro Woche die Aufgaben des Standesamtes der Stadt Frohburg in den Räumen des Standesamtes der Stadt Frohburg übernehmen. Die Beurkundungen können auch im eignen Standesamt durchgeführt werden. Der Beurkundungsort bleibt das zu vertretende Standesamt, demzufolge Frohburg. Die Sprechzeiten werden separat festgelegt und nach Möglichkeit frühzeitig bekanntgegeben. Die Inanspruchnahme kann je nach Arbeitsaufwand in Abstimmung zwischen den beiden Bürgermeistern angepasst werden.

(2) Es erfolgt für die Standesamtssoftware „AutiSta“ eine Freigabe für die Standesbeamten der Stadt Bad Lausick, welche durch die Stadt Frohburg veranlasst wird.

(3) Während einer längeren Abwesenheit (ab 1 Woche) der Standesbeamten der Stadt Bad Lausick wird ein Standesbeamter der Stadt Frohburg im Rahmen der Amtshilfe auf der

Grundlage des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AGPStG) an einem Tag pro Woche die Aufgaben des Standesamtes der Stadt Bad Lausick in den Räumen des Standesamtes der Stadt Bad Lausick übernehmen. Die Beurkundungen können auch im eigenen Standesamt durchgeführt werden. Der Beurkundungsort bleibt das zu vertretende Standesamt, demzufolge Bad Lausick. Die Sprechzeiten werden separat festgelegt und nach Möglichkeit frühzeitig bekanntgegeben. Die Inanspruchnahme kann je nach Arbeitsaufwand in Abstimmung zwischen den beiden Bürgermeistern angepasst werden.

(4) Es erfolgt für die Standesamtssoftware ‚AutiSta‘ eine Freigabe für die Standesbeamten der Stadt Frohburg, welche durch die Stadt Bad Lausick veranlasst wird.

(5) Der Einsatz der Standesbeamten der Stadt Bad Lausick im Standesamt der Stadt Frohburg und umgekehrt ist nur unter der Maßgabe möglich, dass in der entsendenden Gemeinde das Standesamt durch die jeweilige Vertretung abgesichert ist (Siegelberechtigung, Zugang usw.).

(6) Das Arbeitsverhältnis zwischen der Stadt Bad Lausick und ihren Standesbeamten bleibt von der Zweckvereinbarung unberührt.

(7) Das Arbeitsverhältnis zwischen der Stadt Frohburg und ihren Standesbeamten bleibt von der Zweckvereinbarung unberührt.

(8) Die gegenseitige Bestellung der Standesbeamten erfolgt mit in Kraft treten dieser Vereinbarung.

§ 3 Vergütung

(1) Für die Inanspruchnahme der Leistung können Personalkosten in vollem Umfang der zeitlichen Inanspruchnahme geltend gemacht werden, sofern diese sich nicht gegenseitig aufheben.

(2) Grundlage der Kostenberechnung ist die VwV Kostenfestlegung in der derzeit gültigen Fassung. Die Stadt/Gemeinde erstatten einander eine Personalkostenpauschale je Arbeitsstunde von 47,88 EUR, die der Personalkostenpauschale für den mittleren Dienst entspricht.

(3) Die entstandenen Reisekosten werden entsprechend § 5 Abs. 2 des Sächsischen Reisekostengesetzes (SächsRKG), in der jeweils geltenden Fassung vorverauslagt und geltend gemacht, sofern diese sich nicht aufheben.

(4) Die Abrechnung der Kostenerstattung (Personal- und Reisekosten) soll halbjährlich erfolgen. Die Zahlung ist 2 Wochen nach Abrechnungseingang fällig.

(5) Für die in § 1 Abs. 1 genannte Aufgabenerfüllung im Bereich des Personenstandeswesens berechtigt die Stadt Bad Lausick die Stadt Frohburg zur Siegelführung durch das Standesamt Bad Lausick.

(6) Für die in § 1 Abs. 3 genannte Aufgabenerfüllung im Bereich des Personenstandeswesens berechtigt die Stadt Frohburg die Stadt Bad Lausick zur Siegelführung durch das Standesamt Frohburg.

(7) Die Siegelordnung der Stadt Bad Lausick und der Stadt Frohburg werden entsprechend ergänzt.

§ 4 Elektronische Signaturen

(1) Für die in § 1 Abs. 1 genannten Aufgabenerfüllung im Bereich des Personenstandswesens berechtigt die Stadt Bad Lausick die Standesbeamten der Frohburg zum Signieren entsprechender Dokumente.

(2) Für die in § 1 Abs. 3 genannte Aufgabenerfüllung im Bereich des Personenstandswesens berechtigt die Stadt Frohburg die Standesbeamten der Stadt Bad Lausick zum Signieren entsprechender Dokumente.

(3) Die Signaturkarten sind gegebenenfalls entsprechend anzupassen, sodass die Berechtigung für den Beurkundungsbereich des jeweils anderen Standesamtes eingeschlossen ist.

§ 5 Sonstiges

(1) Das Einverständnis der Standesbeamten der Stadt Bad Lausick und der Stadt Frohburg zur Abänderung ihrer Arbeitszeit bzw. des Arbeitsortes liegen den betreffenden Gemeinden vor.

(2) Die Fahrten zwischen Bad Lausick und Frohburg und umgekehrt sind Dienstzeiten, welche gem. § 3 vergütet werden.

§ 6 Laufzeit/Beendigung

(1) Die Vereinbarung tritt nach Beschlussfassung des jeweiligen Stadtrates und Unterzeichnung durch die Bürgermeister in Kraft, frühestens jedoch zum 01.01.2026 und endet am 31.12.2027. Mit ergänzendem Beschluss können die Stadt Bad Lausick und die Stadt Frohburg die Laufzeit der Zweckvereinbarung verlängern.

(2) Eine Aufhebung der Zweckvereinbarung ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Halbjahr von beiden Seiten möglich.

(3) Die Aufhebung der Zweckvereinbarung hat in schriftlicher Form zu erfolgen.

(4) Ändern sich nur einzelne Punkte der Zweckvereinbarung, gelten die Absätze 2 und 3 entsprechend.

§ 7 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Zweckvereinbarung unwirksam sein, wird dadurch die Gültigkeit dieser Zweckvereinbarung insgesamt nicht berührt, wenn anzunehmen ist, dass die Beteiligten die Zweckvereinbarung auch ohne die unwirksame Regelung geschlossen hätten. Unwirksame Bestimmungen sind im Sine des Vereinbarungszweckes umzudeuten oder zu ergänzen. Das Gleiche gilt, wenn sich eine regelungsbedürftige Lücke herausstellt.

§ 8 Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung tritt mit Unterzeichnung durch die Bürgermeister der Stadt Frohburg und der Stadt Bad Lausick frühestens zum 01.01.2026 in Kraft.

Bad Lausick, den

Frohburg, den

Michael Hultsch
Bürgermeister
Stadt Bad Lausick

Karsten Richter
Bürgermeister
Stadt Frohburg